

michael-hudson.com

Der Weg ins Chaos – Ein globaler Zahlungsbilanzkrieg | Michael Hudson

28.01.2025

21–26 Minuten

Trumps Zahlungsbilanzkrieg gegen Mexiko und die ganze Welt

In den 1940er Jahren gab es eine Reihe von Filmen mit Bing Crosby und Bob Hope, beginnend mit „Road to Singapore“ im Jahr 1940. Die Handlung war immer ähnlich. Bing und Bob, zwei redegewandte Betrüger oder Gesangs- und Tanzpartner, geraten in einem Land in Schwierigkeiten, und Bing kommt aus der Situation heraus, indem er Bob als Sklaven verkauft (Marokko im Jahr 1942, wo Bing verspricht, ihn zurückzukaufen) oder ihn dazu verpflichtet, in einer heidnischen Zeremonie geopfert zu werden, und so weiter. Bob stimmt dem Plan immer zu, und es gibt immer ein glückliches Hollywood-Ende, bei dem sie gemeinsam entkommen – und Bing bekommt immer das Mädchen.

In den letzten Jahren haben wir eine Reihe ähnlicher diplomatischer Inszenierungen mit den Vereinigten Staaten und Deutschland (stellvertretend für Europa als Ganzes) erlebt. Wir könnten es den Weg ins Chaos nennen. Die Vereinigten Staaten haben Deutschland durch die Zerstörung von Nord Stream verraten, wobei der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz (die unglückselige Bob-Hope-Figur) mitmacht und die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen die Rolle von Dorothy Lamour (das Mädchen, das in den Hollywood-Roadmovies Bings Preis ist) spielt und fordert, dass ganz Europa seine NATO-Militärausgaben über Bidens Forderung von 2 % auf Trumps Eskalation von 5 % erhöht. Zu allem Überfluss soll Europa auch noch Sanktionen gegen den Handel mit Russland und China verhängen und diese Länder dazu zwingen, ihre führenden Industrien in die Vereinigten Staaten zu verlagern.

Anders als im Film wird dies also nicht damit enden, dass die Vereinigten Staaten eilig herbeieilen, um das leichtgläubige Deutschland zu retten. Stattdessen werden Deutschland und Europa als Ganzes zu Opfergaben in unserem verzweifelten, aber vergeblichen Versuch, das US-Imperium zu retten. Auch wenn Deutschland nicht sofort eine auswandernde und schrumpfende Bevölkerung wie die Ukraine haben wird, ist die Zerstörung seiner Industrie bereits in vollem Gange.

Trump sagte am 23. Januar auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: „Meine Botschaft an jedes Unternehmen auf der Welt ist ganz einfach: Kommen Sie und stellen Sie Ihre Produkte in Amerika her, und wir bieten Ihnen die niedrigsten Steuern aller Nationen auf der Erde.“ Andernfalls, wenn sie

weiterhin versuchen, im Inland oder in anderen Ländern zu produzieren, werden auf ihre Produkte Zollsätze in Höhe der von Trump angedrohten 20 % erhoben.

Für Deutschland bedeutet dies (meine Umschreibung): „Tut uns leid, dass sich Ihre Energiepreise vervierfacht haben. Kommen Sie nach Amerika und zahlen Sie fast so wenig wie in Russland, bevor Ihre gewählten Vertreter uns Nord Stream kappen ließen.“

Die große Frage ist, wie viele andere Länder sich so ruhig verhalten werden wie Deutschland, wenn Trump die Spielregeln ändert – Amerikas regelbasierte Ordnung. Ab wann wird eine kritische Masse erreicht, die die Weltordnung als Ganzes verändert?

Kann es ein Hollywood-Ende für das kommende Chaos geben? Die Antwort lautet Nein, und der Schlüssel liegt in den Auswirkungen der von Trump angedrohten Zölle und Handelssanktionen auf die Zahlungsbilanz. Weder Trump noch seine Wirtschaftsberater verstehen, welchen Schaden ihre Politik anzurichten droht, indem sie die Zahlungsbilanz und die Wechselkurse weltweit radikal aus dem Gleichgewicht bringt und einen finanziellen Zusammenbruch unvermeidlich macht.

Die Zahlungsbilanz und der Wechselkurs als Hemmschuh für Trumps Zollaggression

Die ersten beiden Länder, die Trump bedroht hat, waren die NAFTA-Partner der USA, Mexiko und Kanada. Trump hat beiden Ländern mit einer Erhöhung der US-Zölle auf Importe aus diesen Ländern um 20 % gedroht, sollten sie seinen politischen Forderungen nicht nachkommen.

Er hat Mexiko auf zwei Arten bedroht. Zunächst einmal mit seinem Einwanderungsprogramm, das den Export illegaler Einwanderer vorsieht und kurzfristige Arbeitserlaubnisse für mexikanische Saisonarbeiter in der Landwirtschaft und im Haushalt ermöglicht. Er hat vorgeschlagen, die lateinamerikanische Einwanderungswelle nach Mexiko abzuschieben, mit der Begründung, dass die meisten über die mexikanische Grenze entlang des Rio Grande nach Amerika gekommen seien. Dies droht Mexiko, das an seiner Südgrenze keine Mauer hat, mit enormen Sozialkosten zu belasten.

Mexiko und auch andere Länder, deren Bürger in den USA Arbeit suchen, müssen hohe Kosten für die Zahlungsbilanz tragen. Eine wichtige Einnahmequelle für diese Länder sind die Überweisungen von Arbeitern, die ihren Familien das Geld schicken, das sie sich leisten können. Dies ist eine wichtige Einnahmequelle für Familien in Lateinamerika, Asien und anderen Ländern. Durch die Abschiebung von Einwanderern würde eine wesentliche

Einnahmequelle wegfallen, die den Wechselkurs ihrer Währungen gegenüber dem Dollar gestützt hat.

Die Einführung eines Zolls von 20 % oder anderer Handelshemmisse für Mexiko und andere Länder wäre ein fataler Schlag für ihre Wechselkurse, da sie den Exporthandel reduzieren würden, den die US-Politik traditionell gefördert hat. Dies begann unter Präsident Carter, der die Auslagerung von Arbeitsplätzen in den USA förderte, indem er mexikanische Arbeitskräfte einsetzte, um die Lohnsätze in den USA niedrig zu halten. Die Gründung der NAFTA unter Bill Clinton führte zu einer langen Reihe von Maquiladora-Montagewerken südlich der US-amerikanisch-mexikanischen Grenze, in denen mexikanische Niedriglohnarbeiter an Fließbändern arbeiteten, die von US-Unternehmen eingerichtet wurden, um Arbeitskosten zu sparen. Zölle würden Mexiko abrupt der Dollar entziehen, die es erhält, um diesen Arbeitskräften Pesos zu zahlen, und würden auch die Kosten für ihre US-amerikanischen Muttergesellschaften erhöhen.

Das Ergebnis dieser beiden Trump-Politiken wäre ein Einbruch der Dollar-Einnahmen Mexikos. Dies wird Mexiko zu einer Entscheidung zwingen: Wenn es diese Bedingungen passiv akzeptiert, wird der Wechselkurs des Peso abwerten. Dadurch werden Importe (die weltweit in Dollar berechnet werden) in Peso-Währung teurer, was zu einem erheblichen Anstieg der Inflation im Inland führt.

Alternativ kann Mexiko seine Wirtschaft an erste Stelle setzen und erklären, dass die durch Trumps Zollmaßnahmen verursachte Handels- und Zahlungsstörung es daran hindert, seine Dollar-Schulden an die Anleihegläubiger zu zahlen.

Im Jahr 1982 löste Mexikos Zahlungsausfall bei seinen in Dollar denominierten Tesobono-Anleihen die Schuldenkrise in Lateinamerika aus. Trumps Handlungen lassen darauf schließen, dass er eine Wiederholung erzwingen will. In diesem Fall wäre Mexikos Gegenreaktion die Aussetzung der Zahlungen auf seine US-Dollar-Anleihen.

Dies könnte weitreichende Auswirkungen haben, da viele andere lateinamerikanische und globale Länder des Südens einen ähnlichen Druck auf ihre internationale Handels- und Zahlungsbilanz verspüren. Der Dollarkurs ist gegenüber ihren Währungen bereits stark gestiegen, da die Federal Reserve die Zinssätze erhöht hat, was Investitionsfonds aus Europa und anderen Ländern anzieht. Ein steigender Dollar bedeutet steigende Importpreise für Öl und Rohstoffe, die in Dollar denominiert sind.

Kanada sieht sich mit einer ähnlichen Zahlungsbilanzkrise konfrontiert. Das Gegenstück zu den mexikanischen Maquiladora-Fabriken sind die

Autoteilefabriken in Windsor, auf der anderen Seite des Flusses von Detroit. In den 1970er Jahren einigten sich die beiden Länder auf den Auto Pact, der festlegte, welche Montagewerke bei der gemeinsamen Produktion von US-amerikanischen Autos und Lastwagen zum Einsatz kommen sollten.

Nun, „vereinbart“ ist vielleicht nicht das richtige Verb. Ich war zu dieser Zeit in Ottawa und Regierungsbeamte waren sehr verärgert darüber, dass ihnen der kurze Teil des Autogeschäfts zugewiesen wurde. Aber es läuft noch heute, fünfzig Jahre später, und trägt nach wie vor wesentlich zur kanadischen Handelsbilanz und damit zum Wechselkurs des kanadischen Dollars bei, der bereits gegenüber dem US-Dollar gefallen ist.

Natürlich ist Kanada nicht Mexiko. Der Gedanke, dass es die Zahlung seiner Dollar-Anleihen aussetzt, ist in einem Land, das weitgehend von seinen Banken und Finanzinteressen geleitet wird, undenkbar. Aber die politischen Folgen werden in der gesamten kanadischen Politik zu spüren sein. Es wird eine antiamerikanische Stimmung aufkommen (die in Kanada immer unter der Oberfläche brodelt), die Trumps Fantasie, Kanada zum 51. Bundesstaat zu machen, ein Ende bereiten sollte.

Die impliziten moralischen Grundlagen der internationalen Wirtschaftsordnung

In Trumps Zoll- und Handelsdrohungen ist ein grundlegendes illusorisches moralisches Prinzip am Werk, das der breiten Erzählung zugrunde liegt, mit der die Vereinigten Staaten versucht haben, ihre unipolare Vorherrschaft über die Weltwirtschaft zu rechtfertigen. Dieses Prinzip ist die Illusion der Gegenseitigkeit, die eine gegenseitige Verteilung von Vorteilen und Wachstum unterstützt – und im amerikanischen Vokabular ist es mit demokratischen Werten und Phrasendrescherei über freie Märkte verbunden, die automatische Stabilisatoren im Rahmen des von den USA gesponserten internationalen Systems versprechen.

Die Prinzipien der Gegenseitigkeit und Stabilität standen im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Argumente von John Maynard Keynes während der Debatte in den späten 1920er Jahren über die Forderung der USA, dass ihre europäischen Kriegsverbündeten hohe Schulden für Waffen bezahlen sollten, die sie vor ihrem formellen Kriegseintritt in den USA gekauft hatten. Die Alliierten stimmten der Zahlung zu, indem sie Deutschland Reparationen auferlegten, um die Kosten auf den Verlierer des Krieges abzuwälzen. Doch die Forderungen der Vereinigten Staaten an ihre europäischen Verbündeten und im Gegenzug von diesen an Deutschland waren bei weitem nicht erfüllbar.

Das grundlegende Problem, so Keynes, bestand darin, dass die Vereinigten Staaten ihre Zölle gegen Deutschland als Reaktion auf die Abwertung seiner Währung erhöhten und dann den Smoot-Hawley-Tarif gegen den Rest der Welt

verhängten. Dadurch wurde Deutschland daran gehindert, die harte Währung zu verdienen, um die Verbündeten zu bezahlen, und diese wiederum daran, Amerika zu bezahlen.

Damit das internationale Finanzsystem des Schuldendienstes funktioniert, so Keynes, ist eine Gläubigernation verpflichtet, Schuldnerländern die Möglichkeit zu geben, das Geld für die Zahlung durch Exporte in die Gläubigernation aufzubringen. Andernfalls kommt es zu einem Währungszusammenbruch und zu einer lähmenden Sparpolitik für die Schuldner. Dieses Grundprinzip sollte im Mittelpunkt jeder Gestaltung der internationalen Wirtschaftsordnung stehen, mit gegenseitigen Kontrollen und Abwägungen, um einen solchen Zusammenbruch zu verhindern.

Die Keynes-Gegner – der französische anti-deutsche Monetarist Jacques Rueff und der neoklassische Handelsbefürworter Bertil Ohlin – wiederholten das gleiche Argument, das David Ricardo in seiner Aussage vor dem britischen Bullion Committee in den Jahren 1809–1810 dargelegt hatte. Er behauptete, dass die Zahlung von Auslandsschulden automatisch ein Gleichgewicht im internationalen Zahlungsverkehr herstelle. Diese ökonomische Schrotttheorie lieferte eine Logik, die bis heute das grundlegende Sparmodell des IWF ist.

Der Fantasie dieser Theorie zufolge führt die Zahlung von Schuldendienstleistungen zu einer Senkung der Preise und Löhne im Schuldnerland, wodurch dessen Exporte steigen, da sie für Ausländer günstiger werden. Und angeblich wird der Erhalt von Schuldendienstleistungen durch Gläubigernationen monetarisiert, um die eigenen Preise zu erhöhen (Quantitätstheorie des Geldes), wodurch die Exporte sinken. Diese Preisverschiebung soll so lange anhalten, bis das Schuldnerland, das unter einem Geldabfluss und Sparmaßnahmen leidet, in der Lage ist, genug zu exportieren, um die Zahlung seiner ausländischen Gläubiger zu leisten.

Die USA erlaubten jedoch nicht, dass ausländische Importe mit ihren eigenen Produzenten konkurrieren. Und für Schuldner bestand der Preis der monetären Sparmaßnahmen nicht in einer wettbewerbsfähigeren Exportproduktion, sondern in wirtschaftlicher Zerrüttung und Chaos. Ricardos Modell und die neoklassische Theorie der USA waren lediglich eine Entschuldigung für eine harte Gläubigerpolitik. Strukturelle Anpassungen oder Sparmaßnahmen hatten verheerende Auswirkungen auf die Volkswirtschaften und Regierungen, denen sie auferlegt wurden. Sparmaßnahmen verringern die Produktivität und den Output.

Als Keynes 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods versuchte, der Forderung der USA nach außenwirtschaftlicher und monetärer Unterordnung zu widerstehen, schlug er den Bancor vor, eine zwischenstaatliche

Zahlungsbilanzvereinbarung, die vorsah, dass chronische Gläubigernationen (nämlich die Vereinigten Staaten) ihre Anhäufung von finanziellen Forderungen gegenüber Schuldnerländern (wie z. B. Großbritannien) verlieren sollten. Dies wäre der Preis, der gezahlt werden müsste, um zu verhindern, dass die internationale Finanzordnung die Welt in Gläubiger- und Schuldnerländer polarisiert. Gläubiger müssten es Schuldern ermöglichen, ihre Schulden zu begleichen, oder sie würden ihre finanziellen Zahlungsansprüche verlieren.

Keynes betonte auch, dass Gläubiger, wenn sie bezahlt werden wollen, aus den Schuldnerländern importieren müssen, um ihnen die Zahlungsfähigkeit zu ermöglichen.

Dies war eine zutiefst moralische Politik, die zudem wirtschaftlich sinnvoll war. Sie würde beiden Parteien Wohlstand ermöglichen, anstatt dass eine Gläubigernation prosperiert, während die Schuldnerländer Sparmaßnahmen erliegen, die sie daran hindern, in die Modernisierung und Entwicklung ihrer Volkswirtschaften zu investieren, indem sie die Sozialausgaben und den Lebensstandard erhöhen.

Unter Donald Trump verletzen die Vereinigten Staaten dieses Prinzip. Es gibt keine keynesianische Bancor-ähnliche Vereinbarung, sondern die harte Realität der America-first-Politik der unipolaren Diplomatie. Wenn Mexiko seine Wirtschaft vor dem Absturz in Sparpolitik, Preisinflation, Arbeitslosigkeit und sozialem Chaos bewahren will, muss es seine Zahlungen für Auslandsschulden in Dollar aussetzen.

Das gleiche Prinzip gilt für andere Länder des globalen Südens. Und wenn sie gemeinsam handeln, haben sie eine moralische Position, um eine realistische und sogar unvermeidliche Darstellung der Voraussetzungen für das Funktionieren einer stabilen internationalen Wirtschaftsordnung zu schaffen.

Die Umstände zwingen die Welt also dazu, sich von der auf die USA ausgerichteten Finanzordnung zu lösen. Der Wechselkurs des US-Dollars wird kurzfristig in die Höhe schnellen, da Trump Importe mit Zöllen und Handelssanktionen blockiert. Diese Wechselkursverschiebung wird ausländische Länder, die Dollarschulden haben, auf die gleiche Weise unter Druck setzen wie Mexiko und Kanada. Um sich zu schützen, müssen sie den Schuldendienst in Dollar aussetzen.

Diese Reaktion auf die heutige Schuldenlast basiert nicht auf dem Konzept der verhassten Schulden. Sie geht über die Kritik hinaus, dass viele dieser Schulden und ihre Zahlungsbedingungen nicht im Interesse der Länder waren, denen diese Schulden ursprünglich auferlegt wurden. Sie geht über die Kritik hinaus, dass Kreditgeber eine gewisse Verantwortung dafür tragen müssen, die

Zahlungsfähigkeit ihrer Schuldner zu beurteilen – oder finanzielle Verluste erleiden, wenn sie dies nicht getan haben.

Das politische Problem der weltweiten Überschuldung in US-Dollar besteht darin, dass die Vereinigten Staaten auf eine Weise handeln, die es den Schuldnerländern unmöglich macht, das Geld zu verdienen, um ihre in US-Dollar denominierten Auslandsschulden zu begleichen. Die Politik der USA stellt somit eine Bedrohung für alle Gläubiger dar, die ihre Schulden in Dollar denominieren, da diese Schulden praktisch nicht mehr beglichen werden können, ohne die eigene Wirtschaft zu zerstören.

Die Annahme der US-Politik, dass andere Länder nicht auf die wirtschaftliche Aggression der USA reagieren werden

Weiβ Trump wirklich, was er tut? Oder verursacht seine unüberlegte Politik einfach Kollateralschäden für andere Länder? Ich denke, dass hier ein tiefer und grundlegender innerer Widerspruch in der US-Politik am Werk ist, ähnlich wie in der US-Diplomatie der 1920er Jahre. Als Trump seinen Wählern versprach, dass die Vereinigten Staaten bei jedem internationalen Handels- oder Finanzabkommen der „Gewinner“ sein müssten, erklärte er dem Rest der Welt den Wirtschaftskrieg.

Trump sagt dem Rest der Welt, dass sie Verlierer sein müssen – und diese Tatsache gnädig als Gegenleistung für den militärischen Schutz akzeptieren sollen, den die USA der Welt bieten, falls Russland in Europa einmarschieren oder China seine Armee nach Taiwan, Japan oder in andere Länder schicken sollte. Die Fantasievorstellung ist, dass Russland irgendetwas davon hätte, eine zusammenbrechende europäische Wirtschaft unterstützen zu müssen, oder dass China beschließt, militärisch statt wirtschaftlich zu konkurrieren.

In dieser dystopischen Fantasie ist Hybris am Werk. Als Hegemon der Welt berücksichtigt die US-Diplomatie selten, wie das Ausland reagieren wird. Das Wesen ihrer Hybris besteht darin, vereinfacht davon auszugehen, dass sich Länder den Handlungen der USA passiv und ohne Rückschlag unterwerfen werden. Für Länder wie Deutschland oder solche mit ähnlichen US-hörigen Politikern im Amt war dies eine realistische Annahme.

Aber was heute geschieht, hat systemweiten Charakter. 1931 wurde schließlich ein Moratorium für die Schulden der Alliierten und die deutschen Reparationen verhängt. Aber das war zwei Jahre nach dem Börsencrash von 1929 und den früheren Hyperinflationen in Deutschland und Frankreich. In ähnlicher Weise wurden in den 1980er Jahren die Schulden Lateinamerikas durch Brady-Anleihen erlassen. In beiden Fällen war das internationale Finanzwesen der Schlüssel zum allgemeinen politischen und militärischen Zusammenbruch des Systems, da die Weltwirtschaft selbstzerstörerisch finanziert worden war.

Etwas Ähnliches scheint heute unvermeidlich. Jede praktikable Alternative beinhaltet die Schaffung eines neuen Weltwirtschaftssystems.

Die Innenpolitik der USA ist ebenso instabil. Trumps politisches Theater „America First“, das ihm die Wahl beschert hat, könnte seine Bande entthronen, wenn die Widersprüche und Folgen ihrer Handlungsphilosophie erkannt und ersetzt werden. Seine Zollpolitik wird die Preisinflation in den USA beschleunigen und, was noch fataler ist, Chaos auf den Finanzmärkten in den USA und im Ausland verursachen. Die Lieferketten werden unterbrochen, was die US-Exporte von allem, von Flugzeugen bis hin zu Informationstechnologie, unterbricht. Andere Länder werden sich gezwungen sehen, ihre Wirtschaft nicht länger von US-Exporten oder Dollarkrediten abhängig zu machen.

Und vielleicht wäre das langfristig gesehen gar nicht so schlecht. Das Problem liegt darin, dass Lieferketten, Handelsmuster und Abhängigkeiten im Rahmen der neuen geopolitischen Wirtschaftsordnung kurzfristig ersetzt werden. Die Politik der USA zwingt andere Länder zur Anpassung.

Trump stützt seinen Versuch, die bestehenden Verflechtungen und die Gegenseitigkeit des internationalen Handels und der Finanzen aufzuheben, auf die Annahme, dass Amerika in einem chaotischen Durcheinander als Sieger hervorgehen wird. Diese Zuversicht liegt seiner Bereitschaft zugrunde, sich aus den heutigen geopolitischen Verflechtungen zurückzuziehen.

Er glaubt, dass die US-Wirtschaft wie ein kosmisches Schwarzes Loch ist, d. h. ein Gravitationszentrum, das in der Lage ist, das gesamte Geld und den gesamten wirtschaftlichen Überschuss der Welt an sich zu ziehen.

Das ist das ausdrückliche Ziel von America First. Das ist es, was Trumps Programm zu einer wirtschaftlichen Kriegserklärung an den Rest der Welt macht. Es gibt kein Versprechen mehr, dass die von der US-Diplomatie geförderte Wirtschaftsordnung andere Länder wohlhabend machen wird. Die Gewinne aus Handel und ausländischen Investitionen sollen nach Amerika geschickt und dort konzentriert werden.

Das Problem geht über Trump hinaus. Er folgt lediglich dem, was in der US-Politik seit 1945 bereits implizit enthalten ist. Amerikas Selbstverständnis ist, dass es die einzige Volkswirtschaft der Welt ist, die wirtschaftlich völlig autark sein kann. Es produziert seine eigene Energie und auch seine eigenen Lebensmittel und versorgt andere Länder mit diesen Grundbedürfnissen oder hat die Möglichkeit, den Hahn zuzudrehen.

Am wichtigsten ist jedoch, dass die Vereinigten Staaten die einzige Volkswirtschaft sind, die nicht den finanziellen Zwängen unterliegt, die andere Länder einschränken. Amerikas Schulden lauten auf die eigene Währung, und es gibt keine Begrenzung für die Fähigkeit, über seine Verhältnisse zu leben,

indem es die Welt mit überschüssigen Dollars überschwemmt, die andere Länder als ihre Währungsreserven akzeptieren, als wäre der Dollar immer noch so gut wie Gold. Und hinter all dem steht die Annahme, dass die Vereinigten Staaten fast mit einem Handgriff wieder so industriell autark werden können wie 1945. Amerika ist die Blanche DuBois der Welt in Tennessee Williams' *Streetcar Named Desire*, die in der Vergangenheit lebt, ohne gut zu altern.

Die eigennützige neoliberalen Erzählung des amerikanischen Imperiums

Um die Zustimmung des Auslands zur Akzeptanz eines Imperiums und zum friedlichen Leben in diesem zu erhalten, bedarf es einer beruhigenden Erzählung, die das Imperium als etwas darstellt, das alle voranbringt. Das Ziel besteht darin, andere Länder davon abzulenken, sich einem System zu widersetzen, das tatsächlich ausbeuterisch ist. Zunächst Großbritannien und dann die Vereinigten Staaten forderten die Ideologie des Freihandelsimperialismus, nachdem ihre mercantilistische und protektionistische Politik ihnen einen Kostenvorteil gegenüber anderen Ländern verschafft hatte, wodurch diese Länder zu Handels- und Finanzsatelliten wurden.

Trump hat diesen ideologischen Vorhang gelüftet. Dies liegt zum Teil einfach daran, dass er erkannt hat, dass dieses System angesichts der Außenpolitik der USA und der NATO, ihres militärischen und wirtschaftlichen Krieges gegen Russland und der Sanktionen gegen den Handel mit China, Russland, Iran und anderen BRICS-Mitgliedern nicht länger aufrechterhalten werden kann. Es wäre Wahnsinn, wenn andere Länder dieses System nicht ablehnen würden, jetzt, da seine ermächtigende Erzählung für alle offensichtlich falsch ist.

Die Frage ist, wie sie sich in die Lage versetzen können, eine alternative Weltordnung zu schaffen. Wie sieht der wahrscheinliche Verlauf aus?

Länder wie Mexiko haben eigentlich keine andere Wahl, als einen Alleingang zu wagen. Kanada könnte nachgeben und seinen Wechselkurs fallen und seine Inlandspreise steigen lassen, da seine Importe in „harter Währung“ Dollar denomiiniert sind. Aber viele Länder des globalen Südens befinden sich in der gleichen Zahlungsbilanzkrise wie Mexiko. Und wenn sie nicht über eine Klientel-Elite wie Argentinien verfügen – deren Elite selbst große Inhaber argentinischer Dollar-Anleihen ist –, müssen ihre politischen Führer die Schuldenzahlungen einstellen oder unter innerstaatlicher Sparpolitik (Deflation der lokalen Wirtschaft) in Verbindung mit einer Inflation der Importpreise leiden, da die Wechselkurse ihrer Währungen unter dem Druck eines steigenden US-Dollars nachgeben. Sie werden den Schuldendienst aussetzen müssen, sonst werden sie abgewählt.

Nicht viele führende Politiker haben den Spielraum, den Annalena Baerbock aus Deutschland hat, wenn sie sagt, dass ihre Grünen nicht auf das hören müssen, was die deutschen Wähler angeblich wollen. Die Oligarchien des globalen Südens mögen sich auf die Unterstützung der USA verlassen können, aber Deutschland ist sicherlich ein Sonderfall, wenn es darum geht, aus Loyalität zur US-Außenpolitik ohne Grenzen wirtschaftlichen Selbstmord zu begehen.

Die Aussetzung des Schuldendienstes ist weniger destruktiv als die Fortsetzung der Trump-basierten America-First-Ordnung. Was diese Politik blockiert, ist politischer Natur, zusammen mit der Angst der politischen Mitte, den großen politischen Wandel einzuleiten, der notwendig ist, um wirtschaftliche Polarisierung und Sparmaßnahmen zu vermeiden.

Europa scheint Angst zu haben, die Option zu nutzen, Trumps Bluff einfach zu durchschauen, obwohl es sich um eine leere Drohung handelt, die von Amerikas eigenen Interessen in der Geberklasse blockiert werden würde.

Trump hat erklärt, dass er Ländern, die sich weigern, 5 % ihres BIP für militärische Waffen (hauptsächlich aus den USA) auszugeben und mehr Flüssigerdgas (LNG) aus den USA zu kaufen, Zölle in Höhe von 20 % auferlegen wird. Wenn sich die europäischen Staats- und Regierungschefs jedoch nicht widersetzen, wird der Euro möglicherweise um 10 oder 20 Prozent fallen. Die Inlandspreise werden steigen und die nationalen Haushalte werden gezwungen sein, Sozialausgabenprogramme wie die Unterstützung von Familien für den Kauf von teurerem Gas oder Strom zum Heizen und zur Stromversorgung ihrer Häuser zu kürzen.

Amerikas neoliberale Führung begrüßt diese klassenkämpferische Phase der US-Forderungen an ausländische Regierungen. Die US-Diplomatie hat die politische Führung ehemaliger Arbeiter- und sozialdemokratischer Parteien in Europa und anderen Ländern so gründlich lahmgelegt, dass es keine Rolle mehr zu spielen scheint, was die Wähler wollen. Dafür ist die National Endowment Democracy der USA da, zusammen mit ihrem Besitz an Mainstream-Medien und ihrer Berichterstattung. Aber was ins Wanken gerät, ist nicht nur Amerikas unipolare Vorherrschaft über den Westen und seinen Einflussbereich, sondern die weltweite Struktur des internationalen Handels und der Finanzbeziehungen – und damit zwangsläufig auch die militärischen Beziehungen und Bündnisse.

+++

The Road to Chaos – A Global Balance of Payments War | Michael Hudson

Michael

21–26 Minuten

Trump's Balance-of-Payments War on Mexico, and the Whole World

The 1940s saw a series of movies with Bing Crosby and Bob Hope, starting with the Road to Singapore in 1940. The plot was always similar. Bing and Bob, two fast-talking con men or song-and-dance partners, would find themselves in a scrape in some country, and Bing would get out of it by selling Bob as a slave (Morocco in 1942, where Bing promises to buy him back) or committing him to be sacrificed in some pagan ceremony, and so forth. Bob always goes along with the plan, and there's always a happy Hollywood ending where they escape together – with Bing always getting the girl.

In the past few years we have seen a series of similar diplomatic stagings with the United States and Germany (standing in for Europe as a whole). We could call it the Road to Chaos. The United States has sold out Germany by destroying Nord Stream, with Germany's Chancellor Olaf Scholtz (the hapless Bob Hope character) going along with it, and with European Commission President Ursula von der Lehen playing the part of Dorothy Lamour (the girl, being Bing's prize in the Hollywood Road movies) demanding that all Europe increase its NATO military spending beyond Biden's demand for 2% to Trump's escalation to 5%. To top matters, Europe is to impose sanctions on trade with Russia and China, obliging them to relocate their leading industries in the United States.

So, unlike the movies, this will not end with the United States rushing in to save gullible Germany. Instead, Germany and Europe as a whole will become sacrificial offerings in our desperate but futile effort to save the US Empire. While Germany may not immediately end up with an emigrating and shrinking population like Ukraine, its industrial destruction is well under way.

Trump told the Davos Economic Forum January 23: "My message to every business in the world is very simple: Come make your product in America and we will give you among the lowest taxes of any nation on earth." Otherwise, if

they continue to try and produce at home or in other countries, their products will be charged tariff rates at Trump's threatened 20%.

To Germany this means (my paraphrase): "Sorry your energy prices have quadrupled. Come to America and get them at almost as low a price as you were paying Russia before your elected leaders let us cut Nord Stream off."

The great question is how many other countries will be as quiescent as Germany as Trump changes the rules of the game – America's Rules-Based Order. At what point will a critical mass be achieved that changes the world order as a whole?

Can there be a Hollywood ending to the coming chaos? The answer is No, and that the key is to be found in the balance-of-payments effect of Trump's threatened tariffs and trade sanctions. Neither Trump nor his economic advisors understand what damage their policy is threatening to cause by radically unbalancing the balance of payments and exchange rates throughout the world, making a financial rupture inevitable.

The balance-of-payments and exchange-rate constraint on Trump's tariff aggression

The first two countries that Trump threatened were America's NAFTA partners, Mexico and Canada. Against both countries Trump has threatened to raise U.S. tariffs on imports from them by 20% if they do not obey his policy demands.

He has threatened Mexico in two ways. First of all is his immigration program of exporting illegal immigrants and permitting short-term work permits for seasonal Mexican labor to work in agriculture and household services. He has suggested deporting the Latin American immigration wave to Mexico, on the grounds that most have come to America via the Mexican border along the Rio Grande. This threatens to impose an enormous social-welfare overhead on Mexico, which has no wall on its own southern border.

There also is a strong balance-of-payments cost to Mexico, and indeed to other countries whose citizens have sought work in the United States. A major source of dollars for these countries has been money remitted by workers who send what they can afford back to their families. This is an important source of dollars for families in Latin American, Asian and other countries. Deporting immigrants will remove a substantial source of revenue that has been supporting the exchange rates of their currencies vis-à-vis the dollar.

Imposing a 20% tariff or other trade barriers on Mexico and other countries would be a fatal blow to their exchange rates by reducing the export trade that U.S. policy has traditionally promoted. This started under President Carter, promoting an outsourcing of U.S. employment by using Mexican labor to keep

down U.S. wage rates. The creation of NAFTA under Bill Clinton led to a long line of maquiladora assembly plants just south of the US/Mexican border, employing low-wage Mexican labor on assembly lines set up by U.S. companies to save labor costs. Tariffs would abruptly deprive Mexico of the dollars received to pay pesos to this labor force, and also would raise costs for their U.S. parent companies.

The result of these two Trump policies would be a plunge in Mexico's source of dollars. This will force Mexico to make a choice: If it passively accepts these terms, the peso's currency exchange rate will depreciate. This will make imports (priced in dollars on a worldwide level) more expensive in peso terms, leading to a substantial jump in domestic inflation.

Alternatively, Mexico can put its economy first and say that the trade and payments disruption caused by Trump's tariff action prevents it from paying its dollar-debts to bondholders.

In 1982, Mexico's default on its tesobono bonds denominated in dollars triggered the Latin America debt bomb of defaults. Trump's acts looks like he's forcing a replay. In that case, Mexico's countervailing response would be to suspend payment on its US-dollar bonds.

This could have far-reaching effects, because many other Latin American and Global South countries are experiencing a similar squeeze in their balance of international trade and payments. The dollar's exchange rate already has been soaring against their currencies as a result of the Federal Reserve raising interest rates, attracting investment funds from Europe and other countries. A rising dollar means rising import prices for oil and raw materials denominated in dollars.

Canada faces a similar balance-of-payments squeeze. Its counterpart to Mexico's maquiladora plants are its auto-parts plants in Windsor, across the river from Detroit. In the 1970s the two countries agreed on the Auto Pact allocating what assembly plants would work on in their joint production of U.S. autos and trucks.

Well, "agreed" may not be the appropriate verb. I was in Ottawa at the time, and government officials were very resentful at being assigned the short end of the auto deal. But it is still going today, fifty years later, and remains a major contributor to Canada's trade balance and hence the exchange rate of its dollar, which already has been falling against that of the United States.

Of course, Canada is no Mexico. The thought of it suspending payment on its dollar bonds is unthinkable in a country run largely by its banks and financial interests. But the political consequences will be felt throughout Canadian politics. There will be an anti-American feeling (always bubbling under the

surface in Canada) that should end Trump's fantasy of making Canada the 51st state.

The implicit moral foundations of international economic order

There is a basic illusory moral principle at work in Trump's tariff and trade threats, and it underlies the broad narrative by which the United States has sought to rationalize its unipolar domination of the world economy. That principle is the illusion of reciprocity supporting a mutual distribution of benefits and growth – and in the American vocabulary it is wrapped together with democratic values and patter talk about free markets promising automatic stabilizers under the U.S.-sponsored international system.

The principles of reciprocity and stability were central to the economic arguments by John Maynard Keynes during the debate in the late 1920s over U.S. insistence that its European wartime allies pay heavy debts for arms bought from the United States before its formal entry into the war. The Allies agreed to pay by imposing German reparations to shift the cost onto the war's loser. But the demands by the United States on its European allies, and in turn by them on Germany, were far beyond the ability to be met.

The fundamental problem, Keynes explained, was that the United States was raising its tariffs against Germany in response to its currency depreciating, and then imposed the Smoot-Hawley tariff against the rest of the world. That prevented Germany from earning the hard currency to pay the allies, and for them to pay America.

To make the international financial system of debt service work, Keynes pointed out, a creditor nation has an obligation to provide debtor countries with the opportunity to raise the money to pay by exporting to the creditor nation. Otherwise, there will be currency collapse and crippling austerity for debtors. This basic principle should be at the heart of any design for how the international economy should be organized with checks and balances to prevent such collapse.

Opponents of Keynes – the French anti-German monetarist Jacques Rueff, and the neoclassical trade advocate Bertil Ohlin – repeated the same argument that David Ricardo laid out in his 1809-1810 testimony before Britain's Bullion Committee. He claimed that paying foreign debts automatically creates a balance in international payments. This junk-economic theory provided a logic that remains the basic IMF austerity model today.

According to this theory's fantasy, when paying debt service lowers prices and wages in the debt-paying country, that will increase its exports by making them less costly to foreigners. And supposedly, the receipt of debt service by

creditor nations will be monetized to raise its own prices (the Quantity Theory of Money), reducing its exports. This price shift is supposed to continue until the debtor country suffering a monetary outflow and austerity is able to export enough to afford to pay its foreign creditors.

But the United States did not permit foreign imports to compete with its own producers. And for debtors, the price of monetary austerity was not more competitive export production but economic disruption and chaos. Ricardo's model and U.S. neoclassical theory was simply an excuse for hard-line creditor policy. Structural adjustments or austerity have been devastating to the economies and governments on which it has been imposed. Austerity reduces productivity and output.

In 1944 when Keynes was trying to resist U.S. demand for foreign trade and monetary subservience at the Bretton Woods conference, he proposed the bancor, an intergovernmental balance-of-payments arrangement calling for chronic creditor nations (namely, the United States) to lose their accumulation of financial claims on debtor countries (such as Britain would become). That would be the price to be paid to prevent the international financial order from polarizing the world between creditor and debtor countries. Creditors had to enable debtors to pay, or lose their financial claims for payment.

Keynes, as noted above, also emphasized that if creditors want to be paid, they have to import from the debtor countries to provide them with the ability to pay.

This was a profoundly moral policy, and it had an additional benefit of making economic sense. It would enable both parties to prosper instead of having one creditor nation prosper while debtor countries succumbed to austerity preventing them from investing in modernizing and developing their economies by raising social spending and living standards.

Under Donald Trump the United States is violating that principle. There is no Keynesian bancor-type arrangement in place, but there are the harsh America-first realities of its unipolar diplomacy. If Mexico is to save its economy from being plunged into austerity, price inflation, unemployment and social chaos, it will have to suspend its payments on foreign debts denominated in dollars.

The same principle applies to other Global South countries. And if they act together, they have a moral position to create a realistic and even inevitable narrative of the preconditions for any stable international economic order to function.

Circumstances thus are forcing the world to break away from the U.S.-centered financial order. The U.S. dollar's exchange rate is going to soar in the short term as a result of Trump blocking imports with tariffs and trade

sanctions. This exchange-rate shift will squeeze foreign countries owing dollar debts in the same way that Mexico and Canada are to be squeezed. To protect themselves, they must suspend dollar debt service.

This response to today's debt overhead is not based on the concept of Odious Debts. It goes beyond the critique that many of these debts and their terms of payment were not in the interest of the countries on which these debts were imposed on in the first place. It goes beyond the criticism that lenders must have some responsibility for judging the ability of their debtors to pay – or suffer financial losses if they have not done so.

The political problem of the world's overhang of dollar debts is that the United States is acting in a way that prevents debtor countries from earning the money to pay foreign debts denominated in US dollars. U.S. policy thus poses a threat to all creditors denominating their debts in dollars, by making these debts practically unpayable without destroying their own economies.

The U.S. policy assumption that other countries will not respond to U.S. economic aggression

Does Trump really know what he's doing? Or is his careening policy simply causing collateral damage for other countries? I think that what's at work is a deep and basic internal contradiction of U.S. policy, similar to that of U.S. diplomacy in the 1920s. When Trump promised his voters that the United States must be the "winner" in any international trade or financial agreement, he is declaring economic war on the rest of the world.

Trump is telling the rest of the world that they must be losers – and accept the fact graciously in payment for the military protection that it provides the world in case Russia might invade Europe or China send its army into Taiwan, Japan or other countries. The fantasy is that Russia would have anything to gain in having to support a collapsing European economy, or that China decides to compete militarily instead of economically.

Hubris is at work in this dystopian fantasy. As the world's hegemon, U.S. diplomacy rarely takes account of how foreign countries will respond. The essence of its hubris is to simplistically assume that countries will passively submit to U.S. actions with no blowback. That has been a realistic assumption for countries like Germany, or those with similar U.S. client politicians in office.

But what is happening today is system-wide in character. In 1931 there was finally a moratorium declared on Inter-Ally debts and German reparations. But that was two years after the 1929 stock market crash and the earlier hyperinflations in Germany and France. Along similar lines the 1980s saw Latin American debts written down by Brady bonds. In both cases international

finance was the key to the system's overall political and military breakdown, because the world economy had become self-destructively financialized. Something similar seems inevitable today. Any workable alternative involves creating a new world economic system.

U.S. domestic politics is equally unstable. Trump's America First political theater that got him elected may get his gang unseated as the contradictions and consequences of their operating philosophy are recognized and replaced. His tariff policy will accelerate U.S. price inflation and, even more fatally, cause chaos in U.S. and foreign financial markets. Supply chains will be disrupted, interrupting U.S. exports of everything from aircraft to information technology. And other countries will find themselves obliged to make their economies no longer dependent on U.S. exports or dollar credit.

And perhaps in the long-term view this would not be a bad thing. The problem is in the short run as supply chains, trade patterns and dependency are replaced as part of the new geopolitical economic order. U.S. policy is forcing other countries to adapt.

Trump bases his attempt to tear up the existing linkages and reciprocity of international trade and finance on the assumption that in a chaotic grab-bag, America will come out on top. That confidence underlies his willingness to pull out of today's geopolitical interconnections.

He thinks that the U.S. economy is like a cosmic black hole, that is, a center of gravity able to pull all the world's money and economic surplus to itself.

That is the explicit aim of America First. That is what makes Trump's program a declaration of economic war on the rest of the world. There is no longer a promise that the economic order sponsored by U.S. diplomacy will make other countries prosperous. The gains from trade and foreign investment are to be sent to and concentrated in America.

The problem goes beyond Trump. He is simply following what already has been implicit in U.S. policy since 1945. America's self-image is that it is the only economy in the world that can be thoroughly self-sufficient economically. It produces its own energy, and also its own food, and supplies these basic needs to other countries or has the ability to turn off the spigot.

Most important, the United States is the only economy without the financial constraints that constrain other countries. America's debt is in its own currency, and there has been no limit on its ability to spend beyond its means by flooding the world with excess dollars, which other countries accept as their monetary reserves as if the dollar is still as good as gold. And underneath it all is the assumption that almost with a flick of the switch, the United States can become as industrially self-sufficient as it was in 1945. America is the world's

Blanche duBois in Tennessee Williams' *Streetcar Named Desire*, living in the past while not aging well.

The American Empire's self-serving neoliberal narrative

To obtain foreign acquiescence in accepting an empire and living peacefully in it requires a soothing narrative to depict the empire as pulling everyone ahead. The aim is to distract other countries from resisting a system that actually is exploitative. First Britain and then the United States promoted the ideology of free-trade imperialism after their mercantilist and protectionist policies had given them a cost advantage over other countries, turning these countries into commercial and financial satellites.

Trump has pulled away this ideological curtain. Partly this is simply in recognition that it no longer can be maintained in the face of US/NATO foreign policy and its military and economic war against Russia and sanctions against trade with China, Russia, Iran and other BRICS members. It would be madness for other countries not to reject this system, now that its empowering narrative is false for all to see.

The question is, how will they be able to put themselves in a position to create an alternative world order? What is the likely trajectory?

Countries like Mexico really don't have much of a choice but to go it alone. Canada may succumb, letting its exchange rate fall and its domestic prices rise as its imports are denominated in "hard currency" dollars. But many Global South countries are in the same balance-of-payments squeeze as Mexico. And unless they have client elites like Argentina – its elite being themselves major holders of Argentina's dollar bonds – their political leaders will have to stop debt payments or suffer domestic austerity (deflation of the local economy) coupled with inflation of import prices as the exchange rates for their currencies buckle under the strains imposed by a rising U.S. dollar. They will have to suspend debt service or else be voted out of office.

Not many leading politicians have the leeway that Germany's Annalena Baerbock has of saying that her Green Party does not have to listen to what German voters say they want. Global South oligarchies may rely on U.S. support, but Germany is certainly an outlier when it comes to being willing to commit economic suicide out of loyalty to U.S. foreign policy without limit.

Suspending debt service is less destructive than continuing to succumb to the Trump-based America First order. What blocks that policy is political, along with a centrist fear of embarking on the major policy change necessary to avoid economic polarization and austerity.

Europe seems afraid to use the option of simply calling Trump's bluff, despite its being an empty threat that would be blocked by America's own vested interests among the Donor Class.

Trump has stated that if countries do not agree to spend 5% of its GDP on military arms (largely from the United States) and buy more US liquid natural gas (LNG) energy, he will impose tariffs of 20% on countries that resist. But if European leaders do not resist, the euro will fall perhaps by 10 or 20 percent. Domestic prices will rise, and national budgets will have to cut back social spending programs such as support for families to buy more expensive gas or electricity to heat and power their homes.

America's neoliberal leaders welcome this class-war phase of U.S. demands on foreign governments. U.S. diplomacy has been active in crippling the political leadership of former labor and social democratic parties in Europe and other countries so thoroughly that it no longer seems to matter what voters want. That is what America's National Endowment Democracy is for, along with its mainstream media ownership and narrative. But what is being shaken up is not merely America's unipolar dominance of the West and its sphere of influence, but the worldwide structure of international trade and financial relations – and inevitably, military relations and alliances as well.